	15. Vollzugsbeiratsitzung
Termin:	13. März 2018 10- 16 Uhr
Ort:	1030 Wien, Radetzkystrasse 2 Zimmer 2H 06
Teilnehmende:	Damoser, Dörflinger, Eder, Fink, Geyrhofer, Grammer, Haider, Kallab, Kier, Köck, Kössler, Langanger- Kriegler, Oberleitner- Tschan, Persy (-14:30), Pichler, Resch, Schlögl, Scottini, Seidl, Tschöp
Erstellt von:	Seidl

Protokoll in chronologischer Reihenfolge:

TOP 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2. Annahme des Protokolls der 14. VBR Sitzung vom 10.10.2017

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

TOP 3. Bericht der Vorsitzenden des Tierschutzrates

Damoser berichtet über die wichtigsten Tagesordnungspunkte, betont aber, dass sich ein Großteil der Themen auf der heutigen Tagesordnung finden würden.

TOP 4. Qualzucht Hunde (BMASGK)

Tschöp berichtet über das abgeschlossene Projekt "Konterqual". Basis der vorgelegten Leitlinie seien die Zuchtbuchordnungen, welche Screeningverfahren in jedem Fall durchzuführen wären bzw. solche, die fakultativ zum Einsatz kämen. Von Damoser wird den Mitgliedern vorgeschlagen, bis Ende März Verbesserungs- und Ergänzungswünsche bekannt zu geben. Dann würde der Leitfaden auf der Homepage des Ministeriums veröffentlicht werden. Damoser berichtet von einem Treffen mit Vertretern von ÖDAST, dem Österreichischen Dachverband Sachkundiger Tierhalter, der schon in Bezug auf Qualzuchtungen bei Katzen aktiv ist. Die beschriebene Vorgangsweise wird von den Mitgliedern angenommen.

TOP 5. Maßnahmen zur Reduktion von Schwanzbeißen beim Schwein (BMASGK)

Damoser berichtet über den im November 2017 eingelangten Brief der Kommission, in dem Österreich die Nichteinhaltung der Mindestanforderungen der Schweine RL in Bezug auf das Schwanzkupieren bei den Ferkeln vorwerfe und konkrete Aktionspläne bis Ende Jänner 2018 verlangt habe. Es gab schon 2 Sitzungen, um die weitere Vorgangsweise zu besprechen und es wurde ein Konzept für eine Evaluierung des status quo durch Prof. Baumgartner

eingeholt. Da aber die Kosten dieses Konzeptes für das Ministerium unfinanzierbar seien ersucht sie die anwesenden Personen um Vorschläge, wie man den Forderungen der Kommission nachkommen könne. Eine Umfrage der anwesenden Vertreter der Bundesländer ergibt, dass teilweise keine Ressourcen für die Forschung oder sehr kleine Schweinebestände vorhanden wären. Es wird vorgeschlagen, die statistisch nötigen Zahlen zu eruieren und Stichproben am Schlachthof und in der TKV zu ziehen oder auch die TGD Betreuungstierärzte damit zu betrauen. Die Vertreterin aus Niederösterreich schlägt vor Dissertationen oder Diplomarbeiten zu vergeben. Amtstierärzte wären vor Ort am Schlachthof. Andenken könne man auch einen Einführungstag für diesen Personenkreis, um eine einheitliche Beurteilung zu erhalten. Es wird allgemein bezweifelt, dass man amtlichen Tierärzten eine weitere zusätzliche Aufgabe aufbürden wird können. Möglich wird die Erhebung im Rahmen eine Tierschutzkontrolle gesehen. Vorgeschlagen wird auch in den 5 größten Schlachthöfen für 5 Tage Schweineschwänze zu untersuchen oder den VÖS um Mithilfe zu ersuchen. Damoser berichtet, dass diese Problematik auch bei der TGD Beiratssitzung am 15. März ein Thema sein werde. Die Fachabteilung wird auch mit Prof. Baumgartner das Gespräch suchen, ob eine abgespeckte Variante möglich wäre. Das Schreiben der Kommission und die Antwort Österreichs werde man dem Protokoll beifügen.

Weitere Ausführungen zu **TOP 4.**

Vom Vertreter Burgenlands wird die Frage aufgeworfen, wie die praktische Umsetzung zum Umgang mit Qualzuchtmerkmalen aussehen könnte. Tschöp stellt dazu fest, dass sich alle Verbandszüchter an diese Vorgaben halten müssten. Bei der Züchtermeldung werde ja ein Maßnahmenprogramm verlangt. Oberleitner ergänzt, dass man sich ja die Programme auch schicken lassen könne und ihrer Ansicht nach, müsste es auch möglich sein, die Kosten eines Amtssachverständigen der Partei zu verrechnen. Oberösterreich führt stichprobenartig Kontrollen nach der Tierschutz-KontrollVO durch und lässt sich eine Dokumentation vorlegen. Klar müsse sein, dass die Kontrollen dadurch wieder aufwendiger werden würden. Der Vertreter Wiens dankt für die Arbeit am Leitfaden, der eine gute Übersicht zu dieser Problematik bietet.

TOP 6. Mindestanforderungen für die ganzjährige Freilandhaltung von Schweinen (Tirol)

Das Land Tirol informiert die Mitglieder, dass auf Grund eines Anlassfalles in Alpbach festgestellt wurde, dass Mindestanforderungen für Schweine in ganzjähriger Freilandhaltung fehlen würden. Oberleitner sieht diese in den Mindestanforderungen der 1.TH-VO, in den §13 und 19 des Tierschutzgesetzes und in der Schweinegesundheitsverordnung gegeben. Sie schlägt vor, die Erfahrungen der einzelnen Bundesländer durch die Fachstelle sammeln zu

lassen und sie dann als Empfehlung in das überarbeitete Handbuch Schwein aufzunehmen.

TOP 7. Tierschutzkonform bewertete Bewegungsabferkelbuchten (Fachstelle)

Dörflinger berichtet über die Ergebnisse der Prüfung der Buchten des Projektes „PRO SAU“. Es würden mittlerweile schon wieder Buchtenmischtypen vorhanden sein und Weiterentwicklungen vorliegen. Auf Nachfrage von Resch in Bezug auf die Beurteilung der Böden, stellt sie fest, dass diese nicht bewertet werden, es handle sich um ein ungelöstes Problem.

TOP 8. Aktualisierung Handbuch und Checkliste Schwein (Fachstelle)

Zu diesem TOP stellt die Vertreterin der Fachstelle fest, dass eine rasche Überarbeitung in Hinblick auf rechtliche Änderungen gewünscht war. Ein Großteil der Mitglieder stellt dazu fest, dass es auf Grund des Zeitdruckes nicht möglich war, die Entwürfe zu lesen. Dazu ersucht die Vertreterin der Fachstelle die Mitglieder ihr bis 23.3. Punkte zur Freilandhaltung der Schweine zu schicken. Sie wird dann noch vor Ostern einen neuen Entwurf ausschicken. Bis 28.4. hätten dann die Bundesländer noch Gelegenheit Ergänzungswünsche anzumerken. Damit wäre es möglich, nach einer Sitzung mit den Vertretern des BMNT zu den CC relevanten Kontrollen, das Handbuch und die Checkliste zu finalisieren.

TOP 9. Schwanzkupieren beim Schaf: Vollzug der 1. TH-VO Anlage 3 Pkt. 2.11.1 (BMASGK)

Damoser berichtet von einer Eingabe des Schaf- und Ziegenverbandes, dass die Bestimmungen der 1. TH-VO Anlage 3 Pkt. 2.11.1 zum Schwanzkupieren bei den Schafen nicht einzuhalten wären. Eine Umfrage unter den anwesenden Mitgliedern ergibt, dass die Schilderung dieser Problematik nachvollziehbar sei. Der Vorsitzende schlägt vor, mit der Landwirtschaftskammer Kontakt aufzunehmen. Die Mitglieder sind sich einig, dass die Entwicklung eines solchen Gerätes wünschenswert wäre.

TOP 11. Übersicht der politischen, rechtlichen und fachlichen Zuständigkeit für den Tierschutz in den einzelnen Bundesländern (BMASGK)

Damoser ersucht die Mitglieder um eine Ergänzung bzw. Aktualisierung der im Umlauf befindlichen Liste oder um eine zeitnahe Übermittlung auf elektronischem Weg.

TOP 12. Anwendung 10% Regelung und/oder Fachstellengutachten an einem Beispiel zu Lauf- und Fressgangbreiten (Fachstelle)

Offenbar gibt es in den Bundesländern mehrere Ställe, in denen aufgrund alter Regelungen in den seinerzeit (vor 2005) geltenden Landestierschutzgesetzen, insb. Laufgangbreiten zu schmal ausgeführt sind. Mit Ablauf der endgültigen

Übergangsfrist (2020) für den Umbau von Anlagen und Haltungseinrichtungen, die vor 2005 landesgesetzlichen Regelungen entsprochen haben, die aber nicht in den nächsten paar Jahren umgebaut werden können, werden diese Abweichungen nun relevant. Die Abweichungen sind u.a. auch darauf zurückzuführen, dass seinerzeit anders gemessen wurde, nämlich nicht wie nunmehr von Kotkante zu Kotkante, sondern von Bügelende zu Bügelende.

Mit Punkt 4.2.2.1. Anlage 2 der 1.THVO wurde hier zwar versucht der Problematik entgegen zu treten. Es bestehen jedoch darüber hinausgehende Abweichungen. Anhand der Skizzen aus dem Handbuch Rinder wird diskutiert, ob hier eine weitere Ausdehnung der Abweichung/Anrechenbarkeit von max. 10% im Sinne der 10%Regelung möglich ist, oder ob ein Gutachten der Fachstelle erforderlich ist. Eine Abweichung um max. 10% muss nur gemeldet werden. In einem Gutachten der Fachstelle wird aber insbesondere das Tierwohl bewertet. Man kommt überein, dass die ausführliche Bewertung des Tierwohls das Entscheidende ist. Die Geringfügigkeit der Abweichung ist im Gegensatz zu 10% ein unbestimmter Begriff. Es ist daher für die Fälle, wo wie im Beispielfall Abweichungen bei Lauf- und Fressgangbreiten über die Anrechnungsmöglichkeiten nach 1.THV hinaus bestehen, ein Gutachten der Fachstelle zu beantragen. Die Fachstelle appelliert diesbezüglich an die Bundesländer, dass ein derartiges Gutachten nur in Zusammenarbeit mit den zuständigen Vollzugorganen möglich ist. Diese wird von den Bundesländern zugesagt. Besprochen wird das mögliche Prozedere: Anträge für ein Gutachten der Fachstelle sind direkt an diese zu richten. Für die allgemeine Informationen, die diese von den Bundesländern braucht, um zu überprüfen, ob überhaupt die Grundvoraussetzungen für eine positive Bewertung vorliegen (zB Wann wurde Stall gebaut und wurde landesgesetzlichen Regelungen entsprochen? Liegen Verwaltungstrafen vor? etc.) wird es eine Checkliste von der Fachstelle geben.

TOP 10. Entwurf „Leitlinie Überprüfung der Wirksamkeit“(Bericht Dr. Kranner)

Kranner erläutert für die Mitglieder die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2017/625. Es gehe darum, dass die Behörde die Wirksamkeit von gesetzten Maßnahmen kontrollieren und ggf. Probleme analysieren und beheben müsse. Dies alles sei in angemessener Form zu dokumentieren und auch gute praktische Umsetzungen gesetzlicher Bestimmungen wären zu sammeln. Im Bereich des Tierschutzes wird diesem Gremium eine entscheidende Rolle zufallen. Alle Mitglieder stimmen einer Übermittlung dieser Informationen auf offiziellem Weg zu.

TOP 13. National Contact Point gem. VO 1099/2009 (Fachstelle)

Dabei handelt es sich um eine Vernetzungsplattform, die durch die Fachstelle für Tierhaltung und Tierschutz betreut werden wird. Es ist angedacht

Mustersachkundnachweise anderer EU Länder zur Information der amtlichen Tierärzte auf den Schlachthöfen zu veröffentlichen.

TOP 14. Erläuterung „Vorläufiges Gutachten der Fachstelle“ (Fachstelle)

Dörflinger erläutert das Vorhaben wie in der Schweiz ein „vorläufiges Gutachten“ zu etablieren, um den Firmen den Verkauf in Österreich zu ermöglichen. Innovationen sollten dadurch schneller verwendbar sein. Oberleitner stellt dazu fest, dass an der Tierschutzkonformität kein Zweifel bestehen dürfe, es würde nur um die Verwendungsmodalitäten nachgereicht werden.

TOP 15. Vermittlung von Tieren - Auslaufen der Übergangsfrist

gem. § 44 Abs. 24 und **TOP 16.** Problematik der Wildtiere und Exoten

Da kein Vertreter aus Vorarlberg, das den TOP eingebracht hat, anwesend ist, werden diese Tagesordnungspunkte in der Sitzung am 2.10.2018 behandelt werden.

- Erkundigung nach dem Stand der Tierschutz-Sonderhaltungs VO durch die Vertreterin der Tierschutzombudsstelle Wien

Es wird seitens des BMASGK festgehalten, dass der nach dem Begutachtungsverfahren überarbeitete Entwurf der Tierschutz-SonderhaltungsVO derzeit noch auf Kabinettssebene abgestimmt wird. Weiters wird auf das notwendige Einvernehmen mit dem BMDW hingewiesen.

TOP 17. Fachliche Abstimmung bezüglich Unterscheidung bzw. Feststellung von Übertretungen gemäß § 5 TSchG (Tirol)

Der Vertreter des Landes Tirol befürwortet eine Harmonisierung der Einschätzung durch die einzelnen Bundesländer. An der Problematik eines Hundes im überhitzten Auto wird festgehalten, dass sehr viele Faktoren zur Beurteilung, ob es zu einer Anzeige kommt beitragen. Kallab informiert die Mitglieder über eine Dissertation zu dieser Thematik und erklärt sich auf Anfrage bereit, sie zur Verfügung zu stellen. Anzeigen nach §5 TSchG und Literaturübersicht sollen auf der KVG Seite gesammelt werden. Für diesen Zweck kann für die leitenden Vollzugsorgane im internen Bereich der KVG-Homepage eine Plattform zur Verfügung gestellt werden.

TOP 18. Umsetzung der Bestimmungen des § 16 Abs. 4 und 4a in den Bundesländern (Tirol)

Dieser Tagesordnungspunkt wird zur Abklärung der Vorgangsweise von Tirol zur Diskussion gestellt. Oberleitner stellt dazu fest, dass es sich um eine Meldung an die Bezirksverwaltungsbehörde handelt. Die Bundesländer wären gut beraten, diese Meldungen in die Risikobewertung für Tierschutzkontrollen einfließen zu lassen. Für sie liege der Vorteil der neuen Regelung darin, einen

Überblick über die Situation in Österreich zu bekommen. Dazu stellt Wien fest, dass die Risikogewichtung je nach Bundesland eine andere sein wird. Tirol spricht die Probleme mit Rinderhaltungen in Stadtnähe an. Salzburg wirft die Frage auf, wer für die Beurteilung der 4 angesprochenen Punkte zur Inanspruchnahme einer Ausnahmeregelung zuständig ist. Sammelmeldungen durch die Bezirksbauernkammer werden als mögliche Variante angesprochen, sofern, wie Oberleitner einwirft, eine Begründung mitgeliefert wird. Die Vertreterin der Fachstelle bietet an „ ..erfüllt, wenn.....“ im Handbuch zu ergänzen.

TOP 19. Anforderungen an die Gehegehaltung von Katzen ohne Zugang zu festen Bauteilen (STMK)

Durch die Vertreterin des Landes Steiermark wird die Problematik des Haltens von Zuchtkatzen in Außengehegen angesprochen, die nicht mit den Vorgaben der §§ 13 und 19 TSchG zu vereinbaren wären. Kier ergänzt, dass Rückzugsmöglichkeiten und „regelmäßiger Zugang ins Freie“ gefordert sind und letztere Formulierung geht ganz eindeutig davon aus, dass ein ständiges Halten im Freien nicht vorgesehen sei. Oberleitner ergänzt dass auch dort, wo die 2. THVO keine expliziten Regelungen enthält, gemäß § 13 Abs. 2 TSchG dafür zu sorgen ist, dass „das Platzangebot, die Bewegungsfreiheit, die Bodenbeschaffenheit, die bauliche Ausstattung der Unterkünfte und Haltungseinrichtungen, das Klima, insbesondere Licht und Temperatur, die Betreuung und Ernährung den physiologischen und ethologischen Bedürfnissen angemessen sind“. Nach Abs. 3 dieser Regelung sind Tiere jedenfalls so zu halten, dass ihre Körperfunktionen und ihr Verhalten nicht gestört werden und ihre Anpassungsfähigkeit nicht überfordert wird. Danach wäre fachlich zu beurteilen, ob eine Haltung ohne bauliche Gegebenheiten überhaupt möglich ist. Für den Vertreter aus Wien steht die Bedürfnisbefriedigung der Katze im Vordergrund in Verbindung mit dem §13 (2) und (3) TSchG, die reine Flächenangabe ist seiner Meinung nach der falsche Zugang. Mit der überforderten Anpassungsfähigkeit wäre in den meisten Fällen zu argumentieren. Auch die Revierbildungsgröße könnte ein Anhaltspunkt sein.

TOP 20. Volierengröße für Wachteln im Alter von unter 6 Wochen (STMK)

Die Vertreterin der Steiermark spricht die fehlenden gesetzlichen Vorgaben an und wäre für eine Vorabinformation über die erforderliche Größe dankbar. Von Oberleitner wird festgehalten, dass man Tiere zur landwirtschaftlichen Nutzung und Tiere zur anderen Nutzung unterscheiden kann. Futtertiere würden in die zweite Kategorie fallen und müssten auch fachgerecht getötet werden. Bestimmungen dazu wären in der Tierschutz- Schlachtverordnung zu finden. Zur Problematik der Murmeltierfettgewinnung stellt der Vertreter

Salzburgs fest, dass dies für ihn keinen vernünftigen Grund zur Tötung darstelle.

TOP 21. Stellung von Zwerggarnelen im TSchG (BMASGK)

Kier stellt dazu fest, dass Kaufbörsen mit Wildtieren verboten sind und diese Tiere lt. Tierschutzgesetz unter die Kategorie „Wildtiere“ fallen. Der Vertreter Wiens ergänzt, dass Garnelen allenfalls einer Bewilligung gem § 28 TschG bedürfen und unter die Bestimmungen des 2. Hauptstückes des Tierschutzgesetzes fallen.

TOP 22. Allfälliges:

- Definition von „Verwendung von Zughalsbändern ohne Stopp gem. §5 Abs. 2 Z3 lit. c TschG idgF.“ (STMK)
Die Vertreterin der Steiermark präzisiert, dass es ihr vor allem um die Abgrenzung zwischen „Verwendung“ und „Besitz“ gehen würde. Oberleitner geht davon aus, dass die Verwendung auf den ersten Blick ersichtlich ist. Auch die Problematik der Showleinen und der dünnen Bänder bei Hundausstellungen wird kurz erörtert. Damoser hält fest, dass gemäß 13. Sitzung des Vollzugsbeirates die Verwendung von Hundehalsbändern mit Zugmechanismus, die ohne entsprechenden Stoppmechanismus eingesetzt werden, unter § 5 Abs 2 Z 3 lit c TSchG fällt. Für eine solche Auslegung spricht einerseits der Wortlaut, der das Verwenden des Zugmechanismus eines solchen Halsbandes umfasst. Andererseits sind im Gegensatz zu den Stachelhalsbändern das In-Verkehr-Bringen, der Erwerb und der Besitz eines solchen Gegenstandes nicht verboten. Wenn der Gesetzgeber ein absolutes Verbot solcher Halsbänder normieren hätte wollen, hätte er es in § 5 Abs 4 TSchG aufgenommen.
- Jahresbericht Edk 2006/ 778 (Frist)
Damoser ersucht um zeitnahe Aktualisierung der Meldungen im VIS, da der Bericht an Brüssel wieder durch die AGES abgefragt werden würde.
- Damoser informiert die Mitglieder, dass 2018 wieder eine Tierschutzpreisverleihung stattfinden wird.
- Damoser berichtet, dass als Tierschutzreferenzzentrum gem. Art. 95 der VO(EU) 2017/625 das folgende Konsortium mit der Durchführungsverordnung (EU)2018/239 der Kommission vom 5. März 2018 benannt wurde: Konsortium unter der Leitung von Wageningen Livestock Research, dem auch die Universität Aarhus und das Friedrich- Loeffler- Institut angehören.

Als Termin der nächsten Sitzung wird der 2. Oktober 2018 vereinbart